

Zum Grundsatzpapier
des Kuratoriums der
Konrad-Adenauer-Stiftung

Aufbruch in die Bürgergesellschaft

Christoph Stölzl

Wer heute sagt, dass Deutschland sich in einer Krise befindet, bedarf nicht mehr einer dramatischen Cassandra-Gebärde, um Gehör zu finden. Fast ist es eher so, dass der Krisen-Refrain von so vielen mitgesungen wird, dass inzwischen die Ohren taub davon sind. An Beweisaufnahme des Misslingenden herrscht kein Mangel. Nur, was dagegen tun? Jede Do-it-yourself-Demoskopie beim Taxifahren kommt auf kurz oder lang zu dem resignativen Satz „Da kann man doch sowieso nichts ausrichten!“. In immer komplizierteren Rechenmodellen wenden die Experten die Möglichkeiten zu einem behutsamen Umsteuern der Transfermechanismen im deutschen Industrie- und Sozialstaat hin und her, ohne zu einer Formel zu kommen, die nicht von den argwöhnischen Anwälten der betroffenen Gruppen sofort skandalisiert wird. Zahlenspiele scheinen also nicht weiterzuführen. Vielleicht wird beim Prinzip der „Behutsamkeit“ ja auch die Therapie mit der Krankheit verwechselt.

Aus dem Denken der deutschen Klassik stammt der optimistische Gedanke, dass im Moment der größten Gefahr auch die Rettung am nächsten sei. Angewandt auf die Gesellschaftskrise Deutschlands hieße dies, eben beim Nächstliegenden, der Gesellschaft selbst, anzufangen. Ihr Bild, ihr Ideal müssen wir ganz neu zeichnen.

Das Kuratorium der Konrad-Adenauer-Stiftung hat dies im vergangenen Jahr getan. Im Lichte der aktuellen bundespolitischen Auseinandersetzungen sind

viele Gedanken nur noch aktueller geworden. Aus langen und, das soll gar nicht verschwiegen sein, auch kontroversen Gesprächen ist ein Text hervorgegangen, der um ein anderes Menschenbild kreist als den verwalteten Wirtschafts- und Steuerbürger. Der Mensch der Bürgergesellschaft nimmt sein Schicksal selbst in die Hand. Dem Staat lässt er, was genuine Aufgabe des souveränen Staates ist: die Außenpolitik, die Sicherheit und die großen Infrastrukturen. Aber alles das im alltäglichen Leben, was freie Bürger dann selbst gestalten können, wenn der Staat ihnen die Mittel und die Verantwortung einräumt, das sollen sie auch selbst entscheiden können. Der Text über die Bürgergesellschaft mag manchen Menschen utopisch erscheinen, aber die Zukunft kann nur beginnen, wenn sie einmal vorausgedacht ist. Dass es beim theoretischen Brückenschlag in ferne Zeit nicht bleibe, dafür sind die Vorschläge zum Anfangen im Kleinen, im Hier und Jetzt etwa der Schulpolitik. Es geschieht nichts Gutes, außer man tut es, ist die Devise der Bürgergesellschaft.

Im Folgenden sind Auszüge aus dem Kuratoriumspapier der Konrad-Adenauer-Stiftung zusammengefasst, die deutlich machen, warum der Aufbau einer aktiven Bürgergesellschaft so notwendig ist.

Tiefgreifende Diskussion

Es bedarf eines neuen politischen Modells, das die zugewachsenen und verdeckten Fundamente eines Staatsver-

ständnisses freilegt, in dem Freiheit, Eigenverantwortung und Subsidiarität wieder im Mittelpunkt stehen. Der Bauplan für dieses Staats- und Gesellschaftsverständnis liegt im Grundgesetz und im christlichen Menschenbild begründet. Beide stellen die menschliche Person als Ursprung, Träger und Ziel allen gesellschaftlichen Handelns in den Mittelpunkt.

Nicht das Grundgesetz ist die Ursache für die Entwicklung der letzten Jahrzehnte, sondern eine Politik, die den Gehalt der Verfassung verändert hat, die den Staat überlastet und im gleichen Maße bürgerschaftliche Verantwortung zurückgedrängt hat. Der so entstandene Staat der Daseinsvorsorge kann seine traditionellen Kernaufgaben nicht mehr erfüllen, weil er sich verzettelt hat und an die Wand der Unfinanzierbarkeit gestoßen ist.

Antworten auf Herausforderungen

Der Ruf nach der Bürgergesellschaft als Heilmittel gegen die krankhafte Ausdehnung staatlichen Handels wird zu Recht laut. Aber er bleibt wohlfeil, wenn er nicht konkretisiert wird. Er verhallt, wenn er nicht gehört wird. Und er bleibt vage, wenn nicht die Voraussetzungen für seine Umsetzung in die Realität deutlich werden.

An die Vision Ludwig Erhards, das Ziel „Wohlstand für alle“ mit der Verantwortungsfähigkeit aller zu verbinden, muss wieder angeknüpft werden. Das wird nur mit den Bürgern gelingen – niemals gegen sie. Sie müssen ihre Bürgerrechte und -pflichten wieder wahrnehmen. Und die Idee der Bürgergesellschaft darf nicht bloß dazu dienen, für bislang staatliche Aufgaben private Finanzierungsquellen zu suchen, weil der Staat „klamm“ geworden ist.

Die Idee der aktiven Bürgergesellschaft geht von einem Staat aus, der die Freiheit auf der Basis des Rechtes ermög-

licht und der seine Kräfte auf seine originären und traditionellen Aufgaben konzentriert, auf die Gesetzgebung, auf die Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit, der öffentlichen Ordnung und der Rechtsstaatlichkeit, auf die Förderung und die Bereitstellung der notwendigen Rahmenbedingungen für Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Bildung und andere herausragende Gemeinschaftsinteressen.

Das Ziel dieses Staates ist nicht die nivellierende Umverteilung, sondern die Chancengerechtigkeit und die Hilfe für die wirklich Bedürftigen und Schwachen.

Der Bürger dieses Staates lebt in Freiheit – geschützt vor Bedrohungen durch staatliche und gesellschaftliche Gewalt –, nimmt seine Freiheit aber nicht nur passiv hin, sondern begreift sie zugleich als Verantwortung zur aktiven Teilhabe am Gemeinwesen und seiner Entwicklung! Dies bedeutet im Konkreten, dass er bei der Gestaltung der sozialen Sicherheit und im Wirtschaftsleben, vor Ort in der Gemeinde, aber auch im Bildungswesen, im kulturellen Bereich, in Vereinen und Verbänden im Rahmen seiner Möglichkeiten Eigenverantwortung übernimmt.

Von übermäßigen Abgaben entlastet, wird der Bürger, der durch Erziehung, Bildung und innere Einstellung offen für bürgerschaftliches Engagement ist, zur Übernahme dieser Verantwortung in der Lage sein.

Die aktive Bürgergesellschaft geht von einer Erneuerung des Subsidiaritätsprinzips aus, und sie braucht deshalb die Stärkung der sozialen Netze und der stabilen kleinen Einheiten vor Ort. Sie braucht dafür Familien, die über die materiellen und ideellen Voraussetzungen für bürgerschaftliche Verantwortung verfügen. Und sie braucht starke Kommunen, die wieder attraktive Organe der Selbstverwaltung sind; Kommunen, in denen verantwortliches Handeln sichtbar wird und Erfolg erfährt; Kommunen, die

über die dafür notwendigen Rahmenbedingungen verfügen und nicht durch Aufgaben des Bundes und der Länder überlastet werden.

Notwendige Bewusstseinsänderung

Notwendig ist ein umfassender und langfristiger Bewusstseinswandel. Nicht nur bei den Bürgerinnen und Bürgern, sondern vor allem auch bei den politisch Handelnden ist Selbstkritik gefordert. Dass der Staat als „Wirtschaftsplaner, Arbeitsbeschaffer und Arbeitsplatzgarant“ zu verstehen und für die Sicherung der Einkommen, den Schutz vor Krankheit und die Sicherheit im Alter haftbar sei, dass die Bürgerinnen und Bürger auf die Omnipotenz des Staates vertrauen – all das ist auch auf die politischen Versprechen der Parteien und der von ihnen getragenen Regierungen zurückzuführen. Sie haben in ihren Programmen die Illusion genährt, die Ansprüche an den Staat könnten immer weiter gesteigert werden. Mit der Folge, dass in einer Umfrage (Forschungsgruppe Wahlen) mehr als neunzig Prozent der Bevölkerung die Zuständigkeit des Staates in Fragen der Einkommenssicherung befürworten, aber nur vier Prozent der Befragten die Staatsverschuldung als gravierendes Problem begreifen.

Zwei Drittel der heute lebenden Deutschen sind nach dem Zweiten Weltkrieg geboren. Sie kennen die Gründungsgeschichte der Bundesrepublik nicht mehr aus eigenem Erleben und betrachten – zum Glück – einen hohen Lebensstandard als selbstverständlich. Aber das bedeutet auch, dass bei ihnen das Bewusstsein von der Brüchigkeit menschlicher Lebensverhältnisse, von der Endlichkeit guter konjunktureller Phasen ebenso schwach ausgeprägt ist wie das Bewusstsein, dass für die Folgen von Fehlentwicklungen letztlich der Bürger selbst einstehen muss, wenn nicht sofort, so doch in der kommenden Generation.

Zur notwendigen, langfristigen Bewusstseinsänderung bei den Bürgerinnen und Bürgern gehört die Gewissheit, dass der Staat aus eigenem Antrieb erfahrungsgemäß kaum etwas von seiner Macht und damit auch von den Steuern und Abgaben, die er erhoben hat, zurückgeben wird. Der Freiheitsraum muss durch diejenigen erkämpft werden, die den Staat bilden – durch seine Bürgerinnen und Bürger.

Und dieser Freiheitsraum muss nicht allein gegenüber dem Staat, sondern auch gegenüber machtvollen Lobbys erkämpft werden. So wichtig eine angemessene Interessenvertretung in einem demokratisch-freheitlichen Staat ist – die Verbände überschreiten dann ihre Befugnisse, wenn sie der Versuchung erliegen, ihre Teilinteressen über das Gesamtinteresse zu stellen und so zu einem beinahe unüberwindlichen Veränderungshemmnis werden.

Freiheitsräume erkämpfen

Die Erwartung, ein neues Verantwortungsgefühl für das „Gemeinwohl“ stelle sich nur durch Einsicht und durch eine „unsichtbare Hand“ her, greift zu kurz. Die Menschen werden sich nur dann für die Bürgergesellschaft begeistern, wenn sie ihren „Mehrwert“ erkennen und begreifen, dass sie damit in ihrem eigenen Interesse handeln. Weil das ohne adäquate Rahmenbedingungen, ohne wirksame Anreize und Einstellungsänderungen durch Bildung und Erziehung nicht realisierbar ist, ist die Bürgergesellschaft nicht nur ein Postulat, nicht nur ein abstraktes Leitbild, sondern insbesondere eine konkrete politische Aufgabe.

Die Bürgergesellschaft ist ein politisches Programm. Ein Programm für die Zukunftsfähigkeit dieses Landes! Ein Programm für die Freiheit, das nur dann Wirklichkeit werden kann, wenn sich bürgerschaftliches Engagement verstetigt, wenn langfristig Verantwortung er-

stritten und übernommen wird, wenn sich die Bürgergesellschaft dauerhaft und nachhaltig entwickelt.

Dazu kann und will die Konrad-Adenauer-Stiftung mit ihrer Arbeit einen Beitrag leisten. Sie fühlt sich dazu aufgerufen und legitimiert, weil das Projekt Bürgergesellschaft gerade auch dem christlichen Menschenbild entspricht und weil es nicht zuletzt die christlich-demokratische Bewegung ist, die seit Bestehen der Bundesrepublik immer wieder zentrale sozialpolitische Reformanstöße gegeben hat. Aus dieser Quelle erwächst die kreative Kraft zur notwendigen Veränderung und Durchsetzung von Zukunftsideen.

Notwendige Voraussetzungen

Welche konkreten Schritte sind zur Realisierung der aktiven Bürgergesellschaft notwendig? Hier ist in Kurzform dargestellt, welche Notwendigkeiten das Kuratorium in seinem Grundsatzpapier festhält.

Eine entscheidende Voraussetzung für die Entstehung einer aktiven Bürgergesellschaft sind klare finanzielle Verhältnisse und Zuständigkeiten: Steuer- und Abgabenregelungen müssen vereinfacht, Bürokratie muss abgebaut werden. Erforderlich ist eine allgemeine und spürbare Senkung der Steuertarife. Wer resigniert sagen muss: „Was soll ich spenden? Das Finanzamt hat meine Spenden schon eingezogen, ohne mich nach meinen Wünschen zu fragen“, wird wenig Lust auf die Bürgergesellschaft entwickeln. Höhere Steuern „fressen die Freiheit auf“. Steuerpolitik ist immer auch Gesellschaftspolitik. Dazu gehört auch Abschied zu nehmen von der Vorstellung, der Staat könne mit seinen Mitteln überall annähernd gleiche Lebensverhältnisse schaffen. Eine solche Einebnung der regionalen und kommunalen Unterschiede führt nur zur Versteinerung von Strukturen und nicht zu mehr Flexibilität und Mobilität.

Die Bürgergesellschaft von morgen ist auf ein Stiftungswesen angewiesen, das die persönliche Identifizierung des Bürgers mit seinem Engagement um das Gemeinwohl möglich und attraktiv macht. Bereiche wie das Bildungswesen, das Sozialwesen, das kulturelle und religiöse Leben basieren in einer vitalen Bürgergesellschaft auf dem Anreizsystem des Stiftungswesens. Hierfür sind jetzt die Voraussetzungen zu schaffen. Es ist die Kernidee der Bürgergesellschaft, dass sich die Starken entwickeln können, denn sie tragen Verantwortung dafür, die Schwachen zu beschützen und zu fördern.

So wichtig eine angemessene Interessenvertretung in einem demokratisch-freieheitlichen Staat ist: Die Verbände überschreiten ihre Befugnisse, wenn sie ihre Teilinteressen über das Gesamtinteresse stellen und so zu einem beinahe unüberwindlichen Veränderungshemmnis werden.

Die Bürgergesellschaft braucht Unternehmer, die erfolgreich sind. Schon das ist soziales Handeln, weil es Beschäftigung schafft und Wohlstand sichert. Für sie sind geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen. Steuerliche Fehlanreize sind ebenso wie ein Übermaß an Regulierungen und Auflagen zu beheben. Auswüchse eines kurzatmigen „Shareholder-Value-Denkens“ sind durch geeignete Maßnahmen wie gesetzliche Kontrollmechanismen und Transparenz zu verhindern.

Immer noch gilt sinngemäß der Satz des preußischen Landrechtes von 1794, dass die Schulen Sache des Staates seien. In der Bürgergesellschaft wird die Schule grundsätzlich als Aufgabe aller unmittelbar Beteiligten, das heißt der Eltern, Schüler und Lehrer definiert. Das Verhältnis von Eltern, Lehrern, aber auch der Kommune als Trägerin der Schullast muss neu bestimmt werden. Auf dem Weg dorthin muss der Staat die Schulen in wesent-

lichen Bereichen in die Selbständigkeit entlassen. Den freien Schulen müssen gleiche materielle Bedingungen eingeräumt werden. Mit der Einführung eines Bildungsgutscheines könnte garantiert werden, dass alle Schüler gleiche Zugangschancen zu allen Schulen hätten. Dabei geht es nicht nur um eher eigenverantwortliche Strukturen. Es geht auch um die Neuformulierung von Bildungs-inhalten und Erziehungszielen. In einer Gesellschaft, in der sich Moral, Orientierung und Lebenssinn in immer geringerem Maße über Institutionen und Milieus herstellen, ist der Einzelne und seine Persönlichkeit gefordert. Daher bedarf es einer Bildungsphilosophie, die die Bedeutung der „wetterfesten Persönlichkeit“ (Roman Herzog) im Prozess tief greifender Wandlungen wieder im Blick hat.

Hochschulen müssen sich im nationalen und internationalen Wettbewerb bewähren, was unternehmerische Handlungsfähigkeit voraussetzt. Das wiederum bedeutet, dass die klassische Einordnung der staatlichen Universitäten in den meisten deutschen Ländern als nachgeordnete Ministerialbehörden der Vergangenheit angehören muss. Vorstellbar ist, dass die Universitäten schrittweise in Stiftungen oder stiftungähnliche Strukturen überführt werden, so dass sie von den unberechenbaren Budgetzyklen der öffentlichen Haushalte unabhängig werden.

Alle Kultureinrichtungen können nach dem Prinzip von Hilfe zur Selbsthilfe schrittweise aus der staatlichen Gängelung entlassen werden. Dafür gibt es in Deutschland eindrucksvolle historische Beispiele. Entscheidend für das Gelingen ist auch hier der Abschied des Staates von der Idee der nachgeordneten Kultur- oder Bildungsbehörde und die Schaffung von Rahmenbedingungen zum Beispiel durch

weitere Verbesserungen des Stiftungssteuerrechtes.

Eine große Generationenaufgabe

Die Bürgergesellschaft wird konkret erfahrbar und erlebbar vor Ort in den Kommunen. Sie sind idealerweise der erste Raum der Begegnung von Bürger und Öffentlichkeit, von Selbst-Verwaltung und Selbst-Gestaltung. Dieser Mission sind sie zurzeit entfremdet. Die Krise des Daseinsvorsorgestaates hat die Gemeinden dazu gezwungen, sich weitgehend als Reparaturanstalten gesellschaftlicher Missstände zu betätigen. Gejagt von der Panik der Unbezahlbarkeit der gesetzlichen Pflichtleistungen, multiplizieren die Gemeinden derzeit die im Lande herrschende Stimmung der Resignation. Stattdessen müssten sie Ermutigungs-Agenturen der Bürgergesellschaft sein. Die Bürgergesellschaft braucht wieder starke Gemeinden, die Gestaltungskraft auf ihrem ureigensten Terrain besitzen: bei der Städteplanung, der Gestaltung des öffentlichen Raumes, der Ordnung des Verkehrs, der Schaffung von Freizeit- und Sportstätten und so weiter. Dafür ist nicht zuletzt eine Reform der Gemeindefinanzen und eine Verlagerung der Sozialstaatspflichten nach dem Verursacherprinzip notwendig.

Wer die Bürgergesellschaft will, muss ihr in den Sattel helfen. Notwendig ist dafür eine Evaluierung bestehenden Rechtes auf seine Tauglichkeit für bürgergesellschaftliche Lebensformen. Notwendig ist außerdem Nachhaltigkeit: Nicht kurzlebige Initiativen, sondern nur das langfristige Bohren dicker Bretter bringt die Bürgergesellschaft voran. Der Bau einer starken Bürgergesellschaft muss deshalb die große Generationenaufgabe des 21. Jahrhunderts werden.